

Vertrauen, Reflexivität und Demokratisierung als Handlungskompetenzen

Professionelle Bedingungen und Herausforderungen für eine Soziale Kommunalpolitik

Vertrauen steht derzeit im Fokus politischer, ökonomischer und fachlicher Debatten. Für jegliche Art von Führung und Management ist Vertrauen hinsichtlich Kooperation, Beziehungsqualität und generell Zusammenleben essentiell. Gesellschaftliche Umgangsweisen, politische (Fehl)entscheidungen und wirtschaftliches Missmanagement erschüttern die menschliche Fähigkeit zum Vertrauen. Enttraditionalisierung und Globalisierung führen oft zu einem Verlust der Dimensionen von Bekanntschaft und Erfahrung, weshalb Vertrauen dann als „Vorschuss“ in Kooperationsbeziehungen „investiert“ werden muss. Die steigende Komplexität und Intensität der Arbeitsbedingungen und des Privatlebens machen eine detaillierte Begründung und Prüfung eigener Handlungen sehr schwierig – wir müssen glauben und vertrauen. Vertrauen als Erwartung an Verlässlichkeit i.S. von Redlichkeit, Zuverlässigkeit und Gegenseitigkeit – von Personen, Regeln, Institutionen – muss auf Selbstvertrauen basieren, als strategische Handlungskompetenz für ein Vertrauen in andere operationalisiert werden und kann dann als individuelle Bewältigungsstrategie (mit) genutzt werden, wenn es auf ein Grundvertrauen zu den Optionen für ein gelingendes Leben bezogen werden kann.

Fachliche Standards einer sozialpädagogischen Berufspraxis müssen das Bezugsgeflecht von NutzerInnen (KlientIn/AdressatIn) – Professionellen – Umwelt multiperspektivisch kritisch reflektieren: Welches sind die Bedarfe, Wünsche und Ressourcen der (potentiellen) NutzerInnen? Über welche Ressourcen, Kompetenzen und Optionen kann der bzw. die Professionelle verfügen? Wie sind die realen Lebensverhältnisse, Lebensweisen und – auch optionalen – Bewältigungsstrategien und wie sind die sozio-ökonomischen, strukturellen Verursachungsbedingungen angemessen aufzunehmen? Vertrauen und Reflexivität bezeichnen dabei zwei grundlegende Haltungen professioneller Praxis im Sinne von Voraussetzungen für die individuelle wie kollektive und institutionelle Herausbildung und verlässliche Implementierung fachlicher Standards; darauf basierende „Praxen“ fördern ihrerseits (gegenseitiges) Vertrauen und (intellektuelle) Reflexivität als Elemente von Bearbeitungs- bzw. Lösungsstrategien.

I. Professionelle Handlungskompetenz und Vertrauen

Professionelles Handeln gründet in der hier im Kontext der Debatte um personenbezogene soziale Dienstleistungen und eine Soziale Kommunalpolitik weiter auszuführenden Logik in der Durchsetzung eines gesellschaftlichen Entwicklungspfades der Rationalität, womit die verschiedenen Dimensionen des Vertrauens integrierbar werden. Professionalisierung der Sozialen Arbeit bedeutet dann, dass das systematische Wissen im Prozess seines Entstehens und seiner Anwendung die „Erfahrung“ verdrängt. Der „Profi“ ist in einem solchen Konzept die personalisierte „Vermittlungsinstanz“ zwischen sozialkulturellen und individuellen Interpretationen von Lebensweisen und von Theorien. Für professionalisiertes Handeln ist nicht wissenschaftsbasierte Kompetenz als solche konstitutiv, sondern vielmehr die jeweils situativ aufzubringende Fähigkeit und Bereitschaft, einen lebenspraktischen Problemfall kommunikativ und somit reflexiv auszulegen. Dafür müssen soziale Verursachungen rekonstruiert werden, um dem Klienten aufgeklärte Begründungen für selbst zu verantwortende lebenspraktische Entscheidungen anzubieten und subjektive Handlungsmöglichkeiten zu steigern. (Vgl. Dewe/Otto 2003: insbesondere 1411 f.; zusammenfassend Dewe 2005.)

Das hier zu Grunde liegende Verständnis vom Verhältnis von Theorie (Disziplin) und Praxis (Profession) ist – jenseits einer Transfer-Mentalität – zu begründen mit einer Qualifizierung der Praxis durch Wissenschaft im Sinne einer „Relationierung“ der Beziehung von Wissenschafts- und Praxiswissen in einem Verhältnis der Komplementarität (vgl. Dewe 1992: 79). Mit diesem Verständnis werden sowohl zwischen Wissenschaft und Praxis als auch im Verhältnis von Professionellen und NutzerInnen Strategien der Koproduktion und der dialogischen Verständigung fokussiert.

Angesichts einer notwendig vielfältigen subjektiven Wirklichkeitskonstruktion müssen individuelle Deutungsmuster und eine professionelle Rekonstruktion der Wirklichkeit mit der Pluralität von Lebensweisen und der Individualität von Bewältigungsstrategien in einer Epoche der „reflexiven Modernisierung“ jeweils analysiert werden. Fachkräfte müssen die Teilhabe der NutzerInnen kompetent wollen und deren Nachfrage bzw. den Gebrauchswert von Leistungen für sie individuell und konkret ins Zentrum stellen. Dafür sind Vertrauen und Reflexivität basale Haltungen der Professionellen (vgl. zusammenfassend Wagenblast 2003) und handlungsleitende Prinzipien für die Koproduktion personenbezogener sozialer Dienstleistungen zwischen Profi und NutzerIn (vgl. Schaarschuch/Flösser/Otto 2001; Schnurr 2003; Marquard 2003; Zusammenfassung bei von Spiegel 2004: 23 ff.). Fachkräfte brauchen ein ethisches Wissen und eine moralische Haltung als nachvollziehbare Legitimation für die Interaktion aller Beteiligten; gleichzeitig ist damit eine Demokratisierung der personalen wie institutionellen Strukturen Sozialer Arbeit konzeptionell begründet und als fachlicher Standard für die Praxis postuliert (vgl. Marquard 2004).

Die hier vorzustellenden Befunde, Analysen und Überlegungen zur Implementierung von Vertrauen, Reflexivität und Demokratisierung als professionelle Handlungskompetenzen für eine Soziale Kommunalpolitik resultieren aus verschiedenen theoretischen und praktischen Zugängen, die wie folgt skizziert werden können:

- Die unterschiedlichen ökonomischen und intellektuellen Ressourcen von NutzerInnen machen eine Parteilichkeit des professionellen Handelns unverzichtbar, das seine Handlungskompetenz sowohl aus der Situation wie aus der Subjektivität der NutzerInnen ableitet. Parteilichkeit basiert auf einem reflexiven Umgang mit wissenschaftlich gewonnenen Einsichten in die strukturelle Bedingtheit sozialer Ungleichheit. Ein solches (moralisches) Selbstverständnis erfordert im Handeln eine hohe Reflexion, Fremd- und Selbstevaluation, Fremd- und Selbstkritik – und entsprechend verpflichtende Verfahren und Gelegenheiten.

- Globalisierung – und damit korrespondierende Reflexivität – beschreibt gesellschaftlich prägende Rahmenbedingungen für die Entwicklung sozialer Beziehungen und damit auch die – mögliche – Funktionsweise Sozialer Arbeit. Grundlegende Veränderungen wie die in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern und den Generationen verweisen darauf, dass die mögliche Demokratisierung des persönlichen Lebens heute besondere Bedeutung für viele Aspekte der politischen Reform haben kann. Die individuelle Identitätssuche erfordert in einer zunehmend reflexiven Gesellschaftsordnung neue und akzeptierte Formen auch der politischen Legitimität – und damit eine „Demokratisierung der Demokratie“ (Giddens 1997: 161). Eine dialogische Demokratie beruht gemäß Giddens auf der sozialen Reflexivität als einer Bedingung sowohl für das Alltagshandeln als auch für den Bestand von Organisationsstrukturen. Dann geht es nicht unbedingt um die Herstellung eines Konsens⁵, sondern um die Toleranz in einem ermöglichten öffentlichen Dialog: Dieser sollte „im Sinne der Fähigkeit begriffen werden, durch Einsicht in die Integrität des anderen aktives Vertrauen zu schaffen“ (ebd.: 163). So ist auch die „demokratische Frage“ durch die Etablierung des Parlamentarismus durchaus nicht abgehakt, sondern sie muss im Alltag erst verankert werden. Für die dafür notwendige psycho-soziale Konstitution des Menschen sind heute psychische, soziale und materielle Ressourcen und Kompetenzen gefordert, die ein Gefühl des Vertrauens in die eigene Gestaltungskompetenz der Lebenswelt und in die Kontinuität des Lebens zur Voraussetzung haben.

- Zwangsmomente und Gestaltbarkeit des alltäglichen Lebens erzeugen im Individuum ein Verlangen nach verlässlichen, vertrauten Routinen im Alltag; Macht und ihr inhärente Zwänge sind Mittel und Formen menschlichen Handelns auch zu deren Sicherung. Soziale Dienste müssen auf diesem Hintergrund Vertrauen in Personen und Institutionen garantieren (können).

- Menschen agieren solidarisch unter Annahme der Prämisse wechselseitigen Vertrauens – Aneignung und Umweltkontrolle stehen dann in einer positiven Interdependenz zur Ausbildung von sozialem Kapital als Prämisse einer lebendigen Demokratie.

- Ungleichmäßige Entwicklungen können als Ausdruck räumlicher und zeitlicher „Regionalisierung“ – auch sozialer Systeme – interpretiert werden. Soziale Arbeit muss diese Differenzierung reflektieren und soll das individuell mögliche soziale Kapital für sozialräumliche Aktivierungsstrategien unterstützen.

- Dieses Sozialkapital fördert Vertrauen und setzt es voraus, vertrauensvolle Normen von Gegenseitigkeit und bürgerschaftliche Netzwerke können als Schlüsselfaktoren identifiziert werden. Die Privilegierung ebenso wie Inklusion/Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen weisen der Sozialen Arbeit und den öffentlichen Institutionen wesentliche materielle und sozialpolitische Funktionen zu bei der Öffnung lokaler Ermöglichungsstrukturen. Selbstbestimmungsrechte und Mitwirkungsmöglichkeiten zu stärken bedeutet, mehr Demokratie zu wagen. Aktuelle Überlegungen zur gesellschaftlichen Bedeutung und politischen Konzeption des Bürgerschaftlichen Engagements beziehen sich in diesem Sinne auch demokratiepolitisch auf die Funktion einer auf Vertrauen basierenden grundlegenden Kooperationskultur als eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität, politisch-gesellschaftliche Stabilität und Lebensqualität.

- Demokratisierungstendenzen können möglicherweise weltweit gerade unabhängig von spezifischen Wertentscheidungen festgestellt werden. BürgerInnen und Gesellschaften konstituieren ihre Beziehungen unter der Annahme eines auf Vertrauen basierenden Gebrauchswertes demokratischer Institutionen. Insofern schließt sich der Kreislauf: Demokratie – in verschiedenen Lebensbereichen – basiert auf Gleichheit und Gerechtigkeit, sie fordert und fördert Teilhabe; demokratische Systeme setzen Vertrauen und Toleranz voraus – und bedürfen zwingend des Engagements ihrer Mitglieder für eben diese Werte und entsprechende Verfahren.

II. Der konstitutive Primat des Subjekts

In seiner Skizze zu „Moral und Soziale Arbeit“ betont Thiersch (2003: 1253 ff.) den Primat des Subjekts als konstitutiv für Soziale Arbeit. Damit aber dürfe Soziale Arbeit (trotzdem gerade) nicht nur an individuellen Problemen festgemacht werden, sondern müsse den Menschen in seiner materiellen und sozialen Umwelt mit seinen je spezifischen regionalen, politischen und individuellen Ressourcen und den darin eingebetteten Chancen und Risiken sehen. „Der Ansatz der Sozialen Arbeit in den Ressourcen muss durchgesetzt werden gegen Stigmatisierung und Pathologisierung.“ Das Spannungsverhältnis aus der Unübersichtlichkeit und Offenheit der Lebenslagen bezieht sich gleichermaßen auf die Differenz von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit. Moralisch-ethische Debatten und daraus abzuleitende, legitimierbare Normen müssen deshalb von den Beteiligten ausgehandelt werden. Die prinzipielle Asymmetrie zwischen den „bedürftigen NutzerInnen“ und den „helfenden Profis“ birgt nun immer die Gefahr von Machtmissbrauch und fürsorglicher Belagerung. Gefragt ist ein fachlicher Eigensinn Sozialer Arbeit, mit dem diese in stellvertretender Verantwortung (advokatorische Ethik) ihre Arbeit so konzipiert, „dass die Intentionen der Hilfe im Horizont der Möglichkeiten des anderen prinzipiell zustimmungsfähig sind.“¹

Eine spezifische Professionalität manifestiert sich in der bewussten Anerkennung der/des Anderen als – trotz aller Hilfsbedürftigkeit – selbstbestimmtem Subjekt. Gerade der bewusste Umgang mit dieser Differenz befähigt und erfordert professionelles Handeln im Unterschied zu Laien- oder Selbsthilfe. „Es zeigt sich jetzt, dass die entfalten und doch zusammengehörigen Elemente professionellen Handelns in der Moderne: Die Aufrechterhaltung und Ge-

¹ Böllert (1995:185) unterstreicht die Vorstellungen einer advokatorischen Ethik in mehrfacher Hinsicht: „Zum einen vermeiden sie die Positionierung sozialer Arbeit als Moralproduzentin und entgehen damit sowohl weitläufigen Versuchen einer konservativen Instrumentalisierung von Moral, als auch deren expertokratischen Vereinnahmung. Zum anderen können aus der Konstituierung eines Rechts auf Bildung, Erziehung und Pflege Gegenstrategien gegenüber Tendenzen der Reprivatisierung und marktwirtschaftlichen Organisation sozialer Dienstleistungen gefolgt werden. Des weiteren ist die advokatorische Ethik als Rechtsfertigungszusammenhang normierender Interventionen daran gebunden, dass gegenüber Menschen gehandelt wird, die zu der Begründung ihrer Handlungen nicht fähig sind, womit zugleich in einem positiven Sinn die Grenzen der advokatorischen Ethik benannt sind, d. h. sie kann keinesfalls gegenüber solchen Interventionen als Legitimation herangezogen werden, mit denen kontrollierende Zugriffe gegenüber entscheidungs- und begründungsfähigen Personen durchgesetzt werden sollen.“

währleistung einer kollektiven Praxis von Recht und Gerechtigkeit, die Aufrechterhaltung und Gewährleistung von leiblicher und psychosozialer Integrität des Einzelnen sowie die methodisch explizite Überprüfung von Geltungsfragen unter der regulativen Idee der Wahrheit allesamt auf ein ethisches Wissen gerichtet sind, das schon vor aller professionellen Ausdifferenzierung alltäglich vorzuliegen scheint.“ Im Ergebnis können drei Fragen formuliert werden, an denen sich die Leistungskraft solcher ethischen Argumente erweist: „Erstens nach den einer im sozialen Bereich tätigen Person obliegenden Pflichten, zweitens nach den im sozialen Bereich tätigen Personen zukommenden Rechten und drittens nach der Gerechtigkeit jener institutionellen Strukturen, die sowohl Rechte und Pflichten der Professionellen als auch die Rechte und Pflichten jener regeln, die freiwillig oder unfreiwillig mit diesen Institutionen in Kontakt kommen“ (Brumlik 2000: 286).

Depner/Trube (2001: 236 f.) möchten aus dem Ansatz einer universalistischen Begründung von ethischen Qualitätsanforderungen an die Soziale Arbeit dann auch speziellere berufsethische Ableitungen wagen (die jenseits von Fachstandards für konkrete Handlungsfelder liegen). Die oben genannte „Asymmetrie“ wird als „generelle Annahme der Gleichberechtigung zum einen und der tatsächlichen Benachteiligung der Adressaten der Sozialarbeit zum anderen“ aufgenommen, um ein „Gebot der Qualitätssicherung“ zu begründen. Ohne zeitliche und sachliche Vorbehalte müsse es dazu ein „Gebot der reziproken Verlässlichkeit“ geben, womit allein ein nachhaltig agierender Sozialstaat auf Dauer solidarisches Verhalten befördern könne: „Die wichtigste Ressource der Sozialpolitik ist Solidarität, und das Vertrauen auf Solidarität ist auch zugleich die wichtigste Bedingung ihrer Möglichkeit.“ Und in diesem Sinne erforderten die Probleme einer sich entsolidarisierenden Gesellschaft zu ihrer Lösung ein „Gebot der Nachhaltigkeit“, welches seinen Ausdruck finden könnte in langfristigen, präventiven und vernetzten Strategien und einer Optimierung der sozialen Infrastruktur zur Förderung der Selbsthilfe. (Vgl. in diesem Sinne die Hauptthese „Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“ im Elften Kinder- und Jugendbericht 2002.) Depner/Trube resümieren, dass Soziale Arbeit unter den aktuellen gesellschaftspolitischen Bedingungen nicht nur vermehrt dezidierter fachlicher Qualitätsstandards bedarf, sondern gleichermaßen einer allgemein ethischen Fundierung und berufsethischen Flankierung, damit sie nicht als reines Instrument gesellschaftlicher Selektionsprozesse missbraucht wird. Gefordert ist eine besonders ausgeprägte moralische Integrität der Fachkräfte und ebenso ein hohes Verantwortungsbewusstsein, das auf einem besonderen Wertewissen basieren sollte: Achtung der Autonomie der AdressatInnen, Wertschätzung, Akzeptanz individueller Sinnkonstruktionen und Ressourcenorientierung sind Ausdruck einer reflexiven, professionellen Haltung, die sich an beruflichen Wertestandards orientiert (vgl. von Spiegel 2004: 67 ff., 110 f.).

III. Reflexive Modernisierung: Globalisierung und Enttraditionalisierung

Im Achten Jugendbericht (BMJFFG 1990) und zum Beispiel bei Beck/Beck-Gernsheim (1994) werden Entwicklungen der Pluralisierung von Lebenslagen und der Individualisierung von Lebensführungen analysiert. Individualisierung meint hier zum einen die Auflösung vorgegebener sozialer Lebensformen – zum Beispiel das Brüchigwerden von lebensweltlichen Kategorien wie Geschlechterrollen, Familie, Nachbarschaft und so weiter oder auch Normalbiografien, Orientierungsrahmen und Leitbilder. Wo immer solche Auflösungstendenzen sich zeigen, stellt sich zugleich die Frage: Welche neuen Lebensformen entstehen dort, wo die alten, qua Religion, Tradition oder vom Staat zugewiesenen, zerbrechen? Damit erscheint auch die Erörterung der Ethik von Interventionen als ebenso zwingend wie die Aushandlung gesellschaftlicher und subjektiver Handlungsziele.²

Bei der Beschreibung und Analyse von Gefahren und Chancen gesellschaftlicher Umbrüche wurden in den letzten Jahren folgende Anforderung an die Individuen immer wieder herausgearbeitet, vereinfacht gesagt: In die traditionelle Gesellschaft und ihre Vorgaben wurde man hineingeboren (wie etwa in Stand und Religion); für die neuen Vorgaben hingegen muss man etwas tun, sich aktiv bemühen, hier muss man erobern, sich in der Konkurrenz um begrenzte Ressourcen durchzusetzen verstehen – und dies nicht nur einmal, sondern täglich. Die Folgen

² Vgl. z. B. die Kritik an der üblichen Strukturierung von Hilfeprozessen und des darin – kontrafaktisch – unterstellten Rationalitätspotenzials, u. a. Klatetzki 1995.

– Chancen wie Lasten – verlagern sich immer mehr auf die Individuen, wobei diese angesichts der hohen Komplexität der gesellschaftlichen Zusammenhänge vielfach kaum in der Lage sind, die notwendig werdenden Entscheidungen in Abwägung von Interesse, Moral und Folgen fundiert zu treffen.

Träger und Professionelle der Sozialen Arbeit sollen nun durch verschiedene Formen sozialpädagogischen Handelns Optionen für diesen Prozess eröffnen, in dem sich in Bezug auf die personenbezogenen, sozialen Dienstleistungen die Frage stellt: Welche Normalitätsvorstellungen und Normalisierungsstrategien können Fachkräfte dabei – z. B. als angemessene Erziehung zum Wohl des Kindes – realisieren? – So setzt zum Beispiel die traditionelle Strukturierung von Hilfeangeboten in der Regel nicht auf eine wirklich dialogische Aushandlung nachfrageorientierter Dienste: „aktives Vertrauen“ wird nur verlangt als Einverständnis in das angebliche Wissen, das die schon vorgefertigten Angebote garantieren sollen. Erziehungsinstanzen müssen sich fragen lassen, auf welche Vorstellung einer gelingenden Biografie hin sie denn erziehen wollen? Und wie sich vor einer völlig „offenen“ – weil unsicheren – Perspektive ein Eingriff in individuelle Persönlichkeitsrechte legitimieren ließe? Aus diesem Blickwinkel haben weder die Institutionen der Jugendhilfe/Hilfe zur Erziehung noch die professionell Handelnden eine Legitimation, ihre eigenen „Vorstellungen einer gelingenden Biografie“ durchzusetzen. Gerade weil die Betroffenen ernst genommen werden sollen und müssen, gibt es dann keine Alternative zur Koexistenz und Kooperation der Professionellen mit den Betroffenen/NutzerInnen. Dazu könnten auch – wie im Elften Kinder- und Jugendbericht (BMFSFJ 2002: 260) gefordert – „Dienste der Verbraucher“ bzw. der Klientenberatung gehören, die zur Qualitätsüberprüfung und Kundenberatung sozialer Dienstleistungen zu schaffen wären und durch unabhängige Beschwerde- bzw. Clearingstellen ergänzt werden sollen (Beschwerdeinstitutionen, in denen die Profession Unzulänglichkeiten in sich selbst klärt).

Giddens (1997) analysiert die Trends von Globalisierung und Enttraditionalisierung als „reflexive Modernisierung“. Bezugnehmend auf seine „Grundzüge der Theorie der Strukturierung“ (Giddens 1995: 53) soll „Reflexivität“ nicht bloß als „Selbstbewusstsein“ sondern vielmehr als Umstand verstanden werden, dass die Handelnden auf den fortlaufenden Prozess des gesellschaftlichen Lebens steuernden Einfluss nehmen. Und eine solche reflexive Steuerung des Handelns hängt von seiner Rationalisierung ab als einem prozesshaften Bestandteil der Kompetenz der Handelnden selbst. Dabei führt die Routinisierung intensiver Kommunikation zu einer neuen sozialen Reflexivität. So entstehen parallele Anwendungsherausforderungen für eine „dialogische Demokratie“ bezogen auf formale Mechanismen der politischen Demokratie und die Arena des persönlichen Lebens: Im Rahmen des größeren Gemeinwesens ebenso wie im Zusammenhang von Beziehungen muss der/die Einzelne über die nötige psychische und materielle Autonomie verfügen, um erfolgreich mit anderen zu kommunizieren.

Man verstehe Globalisierung hier als Verwandlung von Raum und Zeit, als Entgrenzung von Raum-Zeit-Beziehungen einerseits und gleichzeitig als individuell erfahrbare Konzentration umfassender Entwicklungen: Sie schafft nicht nur umfassende Systeme, sondern gestaltet auch die lokalen und sogar persönlichen Kontexte der gesellschaftlichen Erfahrung um. In diesem Sog entsteht eine posttraditionelle Gesellschaft, in der nun Traditionen in Frage gestellt werden und sich je neu rechtfertigen müssen. In einer solchen posttraditionellen Ordnung müssen die Einzelnen, um zu überleben, jeweils differenziert und verlässlich mit ihrer Umwelt kommunizieren. „Dichte horizontale Netze gekoppelt mit der Fähigkeit, effizient Informationen allen Netzmitgliedern zukommen zu lassen, schaffen auch für diejenigen Anreize, sich vertrauenswürdig zu verhalten, die nur egoistische Motivationen haben.“ (Ostrom / Ahn 2001: 28) In der Verallgemeinerung von Spezialistenwissen – auf Basis einer verzögerungsfreien, globalen Kommunikation – und der Routinisierung intensiver Kommunikation soll nun eine neue soziale Reflexivität entstehen. Als ausschlaggebender Faktor beeinflusse sie eine Vielfalt von Veränderungen, die ansonsten nur als wenig miteinander verbunden scheinen. Vorausgesetzt ist abstrakt eine „Speicherung“ von Ressourcen unterschiedlicher Art als Mittel des Bindens von Raum und Zeit, „das auf der Handlungsebene die bewusste Handhabung eines Zukunftsentwurfes und die Erinnerung an eine verflossene Vergangenheit voraussetzt. ... Speicherung setzt Medien der Informationsdarstellung, Formen der Wiederauffindung oder Erinne-

rung von Informationen und – wie bei allen Machtressourcen – Formen der Verbreitung voraus.“ (Giddens 1995: 319)

Im Kontext von Überlegungen zur „Regionalisierung“ (vgl. Giddens 1995: 177 ff.) als diskursiv oder reflexiv inszenierten Formen sozialen Lebens und entsprechender Organisation (von Sozialen Diensten zum Beispiel oder allgemeiner von politischen Entscheidungsprozessen) ist die Einschätzung richtungsweisend, dass angesichts der globalen und universellen Kommunikation ein wie auch immer geartetes und legitimes Expertenwissen wohl nicht im Stande sein wird, traditionelle Legitimationsmuster zu ersetzen. Gleichzeitig stellt jedes Lebensstilmuster bei aller gegebenen Tradition immer nur eine von mehreren möglichen Lebensweisen dar: „Zur Herrschaft der Wissenschaft und des Expertentums gibt es keine Alternative. Doch sobald sogar unser Alltagsleben experimentelle Züge annimmt, bedeuten die Entwicklung von Autonomie und der Schutz der Solidarität, dass es zur dialogischen Auseinandersetzung mit ihnen ebenfalls keine Alternative gibt.“ (Giddens 1999: 179)

Das Subjekt wird zunehmend und notwendigerweise zum Baumeister des Sozialen, seiner eigenen Gemeinde oder Lebenswelt. Statt Einpassung von Subjekten in vorhandene soziale Zusammenhänge kommt es deshalb darauf an, dass Menschen die Fähigkeit entwickeln, sich selbst solche Zusammenhänge zu schaffen. Nicht mehr die Bereitschaft zur Übernahme von fertigen Paketen des „richtigen Lebens“, sondern Fähigkeiten zum Aushandeln sind notwendig (vgl. Keupp 1994: 345); dazu gehört natürlich auch eine gehörige Portion Konfliktfähigkeit. Globalisierung, Reflexivität und Enttraditionalisierung des persönlichen Lebens schaffen „Dialogräume“ im öffentlichen und privaten Leben, die ausgefüllt werden müssen. Die Kritik an politischen Mechanismen, Forderungen nach Verwaltungsmodernisierung und Beteiligung der Bürgerschaft lassen sich als Ausdruck einer solcher Art gesteigerten sozialen Reflexivität verstehen. In diesem Kontext bleibt Demokratie nicht (nur) ein Mittel der Interessenvertretung, sondern wird (auch) zu einem Verfahren zur Schaffung eines öffentlichen Forums, in dem durch dialogische Aushandlung in persönlicher und sozialer Verantwortung statt durch Rückgriff auf Macht die Konflikte (zumindest) geregelt werden.³

IV. Routinen als Basis von Seinsgewissheit und Vertrauen

Die Menschen wissen als soziale Akteure viel über die Bedingungen – Geschichte, Folgen, Wirkungen – ihres Tuns im Alltag und können Art und Gründe in der Regel diskursiv erläutern, auch wenn die individuelle Bewusstheit über soziale Zusammenhänge immer begrenzt ist: „Die Menschen machen ihre Geschichte in Kenntnis eben dieser Geschichte Alle menschlichen Wesen sind bewusst handelnde Subjekte.“ (Giddens 1995: 292, 335) Unbewusstes und praktisches Bewusstsein als nicht artikulierbares Wissen über soziale Zusammenhänge fließen ein in die Handlungen der sozialen Akteure, die die Bedingungen ihres Handelns ständig reproduzieren (vgl. ebd. 56 ff.). Diese Dualität bestimmt menschliches Handeln als immer reflexiv in Bezug auf soziale Prozesse und damit in ständiger Wechselwirkung mit dem Universum der Ereignisse, die wir gestalten, erleben und analysieren wollen. Auch wenn die menschliche Geschichte nicht als beabsichtigter Entwurf angenommen werden soll, wird sie doch durch intentionale Handlungen geschaffen; dennoch führen bewusste Bemühungen in diesem Sinne nicht zu einer planbaren Entwicklung. Subjekte steuern ihr Alltagsverhalten und gleichzeitig ihre Steuerungsmechanismen in einem routinisierten Prozess, in dem jeweils räumliche und zeitliche Aspekte den Sinn konstituieren. Die „Unteilbarkeit des

³ Für eine Neudefinition genereller politischer und sozialer Aushandlungsprozesse erscheint das Konzept von Giddens zur „dialogischen Demokratie“ hilfreich. Globalisierung wird dabei verstanden als Sog von unten, der auch in neue Forderungen und Möglichkeiten zur Wiederbelebung lokaler Identitäten mündet (vgl. Giddens 1999: 44). Weil die neue Individualisierung „mit der schwindenden Bedeutung von Traditionen für unser Leben“ zusammenhängt, kann der gesellschaftliche Zusammenhalt „nicht durch staatliche Eingriffe, also von oben, oder die Anrufung der Tradition gewährleistet werden.“

menschlichen Körpers“, der Lebenszyklus des einzelnen Menschen, Anfang und Ende einer Tätigkeit, das Zusammenfallen von räumlicher Bewegung und zeitlichem Fortschritt und schließlich die physische (und psychische) – individuell konkrete – Begrenztheit bzw. Endlichkeit von Raum und Zeit beschreiben „Zwangsmomente“, die als Ressourcen Zwänge und Möglichkeiten für Interaktionsgefüge bestimmen (vgl. ebd.: 162 f.). Diese Ressourcen sind die materiellen Achsen der menschlichen Existenz und werden normalerweise in einem routinisierten Charakter des Alltagslebens „gelebt“: Es besteht „eine generalisierte motivationale Bindung an die Integration gewohnheitsmäßiger Praktiken über Raum und Zeit hinweg“ (ebd.: 116). Viele Verhaltensweisen – man denke an „Takt“, der auch zum Selbstschutz vom/von der InteraktionspartnerIn erwartet wird – praktiziert der/die Einzelne als umfassende soziale Praktiken im Vertrauen auf die Gewissheit institutionalisierter, vorhersehbarer Routinen, die in psychologischer Hinsicht mit der Verringerung unbewusster Angstquellen verbunden sind. „Routinisierte Praktiken sind der wichtigste Ausdruck der Dualität der Struktur in Bezug auf Kontinuität sozialen Lebens. Bei der Ausübung von Routinen erhalten Handelnde ein Gefühl der Seinsgewißheit aufrecht“ (ebd.: 336).⁴

In der Konnexität von Handeln und Struktur kommt nun Macht als Mittel der Ausführung menschlicher Aktivitäten zum Einsatz. Im Unterschied zu Zwängen, die in der Begrenztheit menschlicher Möglichkeiten liegen, wird Macht als auf beabsichtigte Handlungsergebnisse zielender Einsatz von Kompetenzen der Akteure verstanden. Macht eröffnet dann Optionen und realisiert zugleich Zwang (vgl. Giddens 1995: 227 ff.). Es kann somit als eine Dialektik der Kontrolle verstanden werden, welche Ressourcen der/die Handelnde gesammelt hat bzw. sich eröffnet (vgl. ebd.: 314 ff.) und ob bzw. wie er oder sie die offenstehenden Optionen nutzt. Die eigene Disziplin – etwa zur planmäßigen Einteilung von Raum und Zeit – oder die disziplinierende, beherrschende Macht Anderer – etwa die Kontrolle in Bürokratien oder physische Gewalt – sind nach der Art ihrer Ausübung und in ihrer Wirkung wesentlich von routinisierten sozialen Praktiken abhängig (vgl. ebd.: 199 ff.).

Weil sich die Akteure gewöhnlich stark mit den Routinen ihres Alltagslebens – über ihr Unbewusstes, ihr diskursives Bewusstsein oder ihr praktisches Bewusstsein, in jedem Fall reflexiv handelnd – affektiv identifizieren, fühlen sie sich genuin als Handelnde. Daraus beziehen sie eine Seinsgewissheit als „Zuversicht oder Vertrauen, dass natürliche und soziale Welt so sind, wie sie erscheinen, einschließlich der grundlegenden existentiellen Parameter des Selbst und der sozialen Identität“ (ebd.: 431). Für die Wirkungsweise, Institutionalisierung und Organisation Sozialer Dienste kann aus solchen Überlegungen geschlussfolgert werden, dass dann eine „nachbürokratische Organisation“ sowohl die Wechselbeziehungen einer umfassenden sozialen Reflexivität nutzen kann als sie damit auch besonders effektiv auf hergestellte Unsicherheiten bzw. Krisen zu reagieren vermag. Im Kontext von gesellschaftlich hergestellten Unsicherheiten geht es um die Erzeugung eines „aktiven Vertrauens“ in andere oder in Institutionen. Dabei soll es einen Zusammenhang von Vertrauen, Pflicht und Solidarität geben: In einer posttraditionalen Ordnung beruht das Vertrauen in persönliche Beziehungen auf der Voraussetzung der Integrität des anderen. Vertrauen basiert damit auf einer positiven Nutzung von Unterschieden: Der Unterschied als Mittel zur Ausgestaltung einer positiven emotionalen Verständigung wird zur Triebfeder eines Prozesses von Kennenlernen und Verlässlichkeit.

Dieses „aktive Vertrauen“ in andere vergrößert die eigene Handlungsfähigkeit im Sinne von gesellschaftlicher Umweltkontrolle und kann eine Solidaritätsbeziehung erzeugen, deren Intimität als Medium für eine wechselseitige Verpflichtung bürgt. Allerdings wird mit der zu-

⁴ Struktur ist hier gemeint als Medium und Resultat des Verhaltens, das sie selbst in rekursiver Weise organisiert. Dabei existieren Strukturmomente sozialer Systeme nicht jenseits der Handlungen, sie sind fortwährend einbezogen in deren Produktion und Reproduktion.

nehmenden Individualisierung eine Zunahme der Verpflichtungen des Einzelnen verbunden.⁵ Gesellschaftliche Umbrüche – wie seit der „Auflösung“ der UdSSR oder nach der deutschen Vereinigung 1990 – brauchen als Basis für die notwendigen Veränderungen und Entwicklungen eine Kultur des Vertrauens, die zunächst Potenziale gesellschaftlicher Institutionen und FunktionsträgerInnen mobilisieren hilft. Auf dieser Grundlage kann sich „soziales Kapital“ als Verdichtung interpersonaler Beziehungen und damit Partizipation entwickeln und gleichzeitig kollektive Solidarität fördern. „Eine Kultur des Vertrauens fördert Toleranz und Akzeptanz von Fremden, wodurch gesellschaftliche Konflikte gedämpft und gesellschaftliche Schließungsprozessen entgegen gewirkt werden kann“ (Wagenblaus 2004: 47). So ist Vertrauen konstitutiv für gesellschaftliche Funktionen der Strukturierung, Stabilisierung und Weiterentwicklung personaler und institutioneller Beziehungsgeflechte.

V. Prekäre Lebenslagen und soziales Kapital

Im kapitalistisch organisierte Produktionsprozess werden am Beispiel der Arbeitslosigkeit die Wirkungen fehlender Möglichkeiten der Aneignung und damit Umweltkontrolle besonders deutlich:

„Destrukturierung des unter anderem seiner zeitlichen Strukturen beraubten Daseins und der daraus resultierende Verfall jeglichen Verhältnisses zur Welt, zu Raum und Zeit“ (Bourdieu 1998: 97). Für Bourdieu ist die soziale Aneignung des Raumes die Schnittstelle, an welcher sich die ungleichen gesellschaftlichen Strukturen in den physischen Raum einschreiben. Ausgehend von den Positionen in einem solchen Raum können Klassen oder Gruppen beschrieben werden mit ähnlichen Stellungen und aller Voraussicht nach ähnlichen Dispositionen und Interessen; diese Akteure vertreten vermutlich auch ähnliche Praktiken und politisch-ideologische Positionen. Verschiedene „Sorten“ von Macht oder (ökonomischem, kulturellem und sozialem bzw. – als übergeordneter Kapitalart – „symbolischem“⁶) Kapital nutzt Bourdieu (1992) für seinen komplexen Raumbegriff, den er auf einer analytischen Ebene zunächst in einen physischen/konkreten und einen sozialen/abstrakten Raumbegriff unterscheidet. Diese beiden Dimensionen sind in einem sozial angeeigneten Raum grundsätzlich miteinander verwoben. Auf dieser analytischen Folie beschreibt Bourdieu die individuelle Ausgeliefertheit und deren kollektive Wirkung bzw. Verarbeitung als „Prekarität ist überall“, hier sieht er die Ursachen für Demoralisierung und Demobilisierung. Ursachen und besondere Ausformungen des oft zerstörten und entfremdeten Zustandes zwischenmenschlicher Beziehungen sind dann zu sehen im objektiven „stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ (Marx).

Gerade die bekannten Erfahrungen der Verunsicherung und der ständigen Bedrohung in allen Lebensbereichen, im Beruf, in der Freizeit, in den sozialen Beziehungen, führen zu Unsicherheit, Konfliktangst – mit der Folge der Verdrängung und damit nicht selten zur Zurücknahme von Handlungsbereitschaft:

„Ebenso wenig wie man die Bewegung und das Wesen des Kapitals begreifen kann, wenn man nur die Zirkulationssphäre betrachtet, kann man das Wesen der zwischenmenschlichen Beziehungen im Kapitalismus erfassen, wenn man immer nur auf die Phänomene des Warentauschs und vielleicht auch noch des privaten Bereichs starrt, darüber aber die gegenständliche Produktionstätigkeit der Menschen vergisst. ... Zwischenmenschlichkeit und die Perspektivenverschränkung zwischen den in der Produktionssphäre Kooperierenden bietet – bei aller Fremdbestimmung durch den Kapitalismus – noch die wichtigsten Ansatzpunkte, um der allseitigen Überlistung und endlos-zerstörerischen Perspektivenverschränkung, wie wir sie oben schon als Merkmal der Zirkulations-

⁵ Solche Appelle an den/die Einzelne/n knüpfen an die neuere Debatte um den „Kommunitarismus“ aus den USA an. Das insgesamt weite Spektrum repräsentieren u. a. Etzioni, Bellah und Walzer. Rausch (1998: 144) urteilt kritisch-optimistisch: „Wenngleich der vielfach geäußerten Kritik, insbesondere an der restriktiven ‚Tugendpolitik‘ der Kommunitaristen zum Teil zugestimmt werden kann, verkennen viele EinwanderInnen oftmals die Chancen, die eine kritische Rezeption des kommunitaristischen Ansatzes eröffnen könnte. ... Die Tendenzen der entwickelten Moderne zur Differenzierung oder das Bemühen der Individuen nach Selbstverwirklichung müssen jedoch nicht a priori als Auswüchse eines hedonistischen Egozentrismus betrachtet werden. Die oftmals ambivalenten und unübersichtlichen Erscheinungen der postmodernen Vielfalt können durchaus auch im Rahmen des Emanzipationsprozesses der Aufklärung gesehen werden.“

⁶ Als eine Art übergeordnete Kapitalart bezeichnet Bourdieu das „symbolische Kapital“. Dies bezieht sich wesentlich auf das Ausmaß der gesellschaftlichen Anerkennung der vorgenannten drei Kapitalarten und verweist damit auf die Möglichkeiten der Konvertierbarkeit (zum Beispiel kann das soziale Kapital in Form der Zugehörigkeit zu einem exklusiven Club gegebenenfalls genutzt werden für eine Umwandlung in ökonomisches Kapital durch die Verknüpfung von Freundschaft und höherer Berufsposition).

sphäre behandelt haben, entgegen zu wirken und so etwas wie wechselseitiges Vertrauen und Solidarität entstehen zu lassen.“ (Ottomeyer 1977: 96 f.)

In seinem Kapitel „Die Kunst der Konstruktion des Sozialen“ diskutiert Rausch (1998: 166 f.) Solidarität als Bedingung für das Überleben in Freiheit und problematisiert mit Bezug auf Keupp Erkenntnisse aus Netzwerkstudien, wonach eben auch die Fähigkeit zu sozialen Beziehungen und solidarischer Unterstützung parallel zum sozio-ökonomischen Status zunehme. „Solidarität basiert wesentlich auf sozialem Kapital, das unterschiedlich verteilt ist. Es beruht vor allem auf ökonomischen Grundlagen, bedarf aber auch eines kulturellen Fundaments und symbolischen Ausdrucksvermögens.“ Solidarität schließt gegenseitiges Vertrauen ein, womit eine Norm der Reziprozität zu assoziieren ist: Wegen der Erwartung und der Zuversicht, dass irgendwann jemand auch etwas für einen selbst tun wird, ist soziales Kapital so wertvoll: „Die Information über die Vertrauenswürdigkeit anderer stellt einen wichtigen Input für die Entscheidung eines die Wechselseitigkeit praktizierenden Menschen dar, ob man zusammenarbeitet oder nicht. Die Tatsache, dass die Norm der Wechselseitigkeit in einer Gesellschaft vorherrscht, bedeutet, dass ein bedeutender Anteil der Menschen in der Gesellschaft vertrauenswürdig ist.“ (Ostrom/Ahn 2001: 31)

VI. Regionalisierung und der soziale Raum

Giddens (1995: 177) analysiert die räumliche, zeitliche oder raumzeitliche Differenzierung – Aufteilung in Zonen in verschiedenen Interaktionsrahmen – von Regionen entweder innerhalb oder zwischen Regionen und will damit die Bedeutung von Regionalisierung für die Strukturierung sozialer Systeme aufzeigen. Diese Perspektive widerspricht der Vorstellung von Gesellschaften als stets homogener und einheitlicher Systeme. Eine Regionalisierung als Differenzierung über weite Raum-Zeit-Spannen hinweg ist mit Begriffen wie „ungleichmäßige Entwicklung“ oder dem Unterschied zwischen Zentrum/Kern und Peripherie/Rand – vorwiegend als Regionalisierung innerhalb städtischer Gebiete – erklärt worden. Hier soll vor allem die Kontextualität des gesellschaftlichen Lebens und der gesellschaftlichen Institutionen betont werden – dies „vollzieht sich in, und ist konstituiert durch, Überschneidungen von Gegenwärtigem und Abwesendem im Medium von Raum und Zeit. Die physischen Eigenschaften des Körpers und des Milieus, in dem er sich bewegt, geben dem gesellschaftlichen Leben unvermeidlich einen seriellen Charakter und begrenzen den Zugang zu räumlich > abwesenden < anderen.“ (Ebd.: 185) Regionalisierung bezieht sich in diesem Sinne auf die Kontextualität von Umgangsweisen zwischen sich begegnenden Akteuren (Kopräsenz) sowie auf die wechselseitige Beziehung zwischen diesen oder Kollektiven über weite Spannen von Raum und Zeit (unabhängig von Kopräsenz) hinweg.

Mit der Annahme eines sozial angeeigneten Raumes als physischem und symbolischen Ort der fortwährenden Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung individueller Lebensführungen und kollektiver Lebensweisen kann die entscheidende Frage gestellt werden, wie und in wie weit die Lokalisierung des Individuums an einem bestimmten Punkt des physischen Raumes seine Vorstellung von seiner Stellung im sozialen Raum und damit sein Handeln beeinflusst. Soziale Teilhabe soll dabei universell und ohne Ansehen der Person garantiert und institutionell abgesichert werden.

Raum wird hier als relationaler Begriff von konkret physischen wie sozialen Lokalisierungen und Positionierungen konzipiert. Ein Ort wird als sozial bestimmter Handlungskontext aufgefasst und nicht auf seine Materialität reduziert, er bietet unterschiedlichen Individuen unterschiedliche Optionen und vermittelt differenzierte Regeln zur Aufrechterhaltung sozialer Praktiken. Dann sind die vielfältigen materiellen und sozialen Beziehungen der Individuen, die sich im Rahmen einer umfassenden auch technisch unterstützten Mobilität ihre je eigenen

„Räume“ selbst suchen, zu respektieren und handlungsleitend aufzunehmen.⁷ Kritisch zu beachten bleibt die Differenz zwischen territorial (geographisch) bestimmten Sozialräumen mit solchen von den Akteuren selbst bestimmten „sozialen Grenzen“ angesichts realer Netzwerke und Mobilitätsstrukturen. Damit sich Netzwerke konstituieren können, ist der soziokulturelle Hintergrund ebenso wie die konkrete räumliche Umgebung in professionellen Handlungsstrategien zu berücksichtigen.

Für Sozialpolitik und Soziale Arbeit ist damit die Aufgabe gestellt, dass mit ihren Mitteln und Verfahren „die Relationalität, Relativität und Risikohaftigkeit sozialen Kapitals auf dem Wege seiner Institutionalisierung abgefangen, substituiert bzw. ergänzt werden kann.“ (Kessl/Otto/Ziegler 2002: 184) Entscheidend für sozialräumliche Aktivierungsstrategien ist ihre Dynamik, entgegen einer „Abschließung“ und über eine klassische Nachbarschafts- bzw. Selbsthilfe hinaus die „Öffnung“ sozialer Räume zur Verfolgung des Globalziels der ständigen Erweiterung gesellschaftlicher Teilhabe zu unterstützen. In Anlehnung an den Amerikaner Woolcock sollte der Begriff des sozialen Kapitals für diese Perspektive ausdifferenziert werden. Bindungskapital (bonding) kann in sozialräumlichen (natürlichen) Netzwerken als eher allgemeine Handlungsressource entwickelt werden. Darüber hinaus ist Brückenskapital (bridging) als Handlungsressource notwendig, um über Kontakte und Beziehungen – zu unterschiedlichen Gruppen inner- wie außerhalb des eigenen Sozialraums – eine gesellschaftliche Integration in die Zivilgesellschaft erreichen zu können und der Abspaltung von Randgruppen zu begegnen. Zur – demokratischen – Öffnung sozialer Räume ist schließlich Verbindungskapital (linking) erforderlich als Handlungsstrategie auf der vertikalen Ebene, um soziale Dienste und politische wie ökonomische Institutionen nutzen zu können (vgl. ebd.: 185).

VII. Bürgerschaftliche Netzwerke, Sozialkapital und Vertrauen in Institutionen

In seinen Überlegungen zum „aktivierenden Staat“ knüpft Olk an Konzepte einer „Lebenslagenpolitik“ an und sieht den Charakter von Sozialpolitik zunehmend in der Bereitstellung einer unterstützenden Infrastruktur für „Situationsgruppen“ und deren Bewältigung individueller Umbrüche und Krisen und bezeichnet diese sozialpolitische Strategie als „Lebenslaufpolitik“ (Olk 2000: 107). Biografische Übergänge und begrenzte Risikolagen verlangen nicht nach dauerhafter Versorgung sondern nach gesicherten Auffangpositionen als Basis für eigene Bewältigungsstrategien. Mit diesem Aspekt „der strukturellen Reinstitutionalisierung des bundesdeutschen Wohlfahrtsstaates“ kommt Olk zum „Übergang der Sozialpolitik von der reinen Verteilungs- hin zur ‚Lebenspolitik‘ (life politics)“ und bezieht sich hier ausdrücklich auf Giddens. Eine solche „Lebenspolitik“ zielt umfassend auf die Gestaltung von Gesellschaftspolitik und Risikolagen und begrenzt sich nicht auf sozioökonomisch motivierte Umverteilungsstrategien. Allerdings zeigen sich hier neuartige moralische Konflikte als neue Themen sozialer Politik: Regulierung ökologischer Entwicklungen; Körper / Gesundheit / Medizin; Lebenskonzepte einzelner gesellschaftlicher Gruppen.⁸

⁷ Kessl (2001) kritisierte Sozialraumorientierung als neue politische Strategie mit dem Ziel, die „Realisierung und Garantie eines möglichst hohen öffentlichen Sicherheitsstandards und die Verbesserung der Lebensbedingungen in den einzelnen Wohnarealen“ zu erreichen (ebd.: 39). Eine solche Engführung hin auf „sozialräumliche Präventionsprogramme“ führte ihn zu der Wertung: „Aktuelle sozialräumliche Präventionsstrategien laufen damit Gefahr, Marginalisierungsprozesse nicht überwinden und Teilhabemöglichkeiten der Bewohnerinnen und Bewohner nicht ermöglichen zu können, sondern räumliche Segregationsprozesse gerade erst zu fixieren“ (ebd.: 49).

Vgl. zur „Raumdebatte“ u.a. Löw/Sturm 2005: Raumsoziologie; zu einem raumtheoretisch verankerten Konzept Sozialer Arbeit Kessl/Maurer 2005.

⁸ Dabei verweist Olk (2000:117) auf die Schwierigkeiten bestimmter Zielgruppen, Kompetenzen und Ressourcen im Rahmen aktivierender Strategien einbringen zu können: „Aktivierende Politik muss daher von einer ungleichen Verteilung von Bewältigungskompetenzen und Ressourcen ausgehen und gegebenenfalls durch gezielte Maßnahmen solche Ressourcen umverteilen.“

Ein solcher Zugang ist auch beim „bürgerschaftlichen Engagement“ aufzugreifen (vgl. Deutscher Bundestag 2002: 32 ff.). Danach wird mit den drei Elementen

- Netzwerke bürgerschaftlichen Engagements,
- Normen generalisierter Gegenseitigkeit und
- soziales Vertrauen

die Koordination innerhalb der Gesellschaft und die Kooperation zwischen Individuen erleichtert.

Soziales Kapital wird als ein privates und ein öffentliches Gut betrachtet: „Es kann von den Individuen für ihr persönliches Fortkommen genutzt werden – es kann aber auch in den sozialen Netzwerken akkumuliert werden“ (ebd.: 34). Im öffentlichen Bereich umfasst diese Kategorie „allgemeines Vertrauen“ und bezieht sich damit auf die Leistungsfähigkeit von Institutionen und die Qualität von Politik (Offenheit, Transparenz, Verlässlichkeit): Wenn den BürgerInnen Informationen fehlen, können mangelndes Vertrauen und Unberechenbarkeit eher als Kommunikations- denn als echtes Kooperationsproblem verstanden werden: „Denn zur Kooperation ist ein Partner nur dann bereit, wenn mit einiger Sicherheit ausgeschlossen werden kann, dass eigene einseitige Vorleistungen ausgebeutet werden: Es muss eine Erwartungssicherheit bezüglich der Verhaltensweisen des Gegenübers hergestellt werden. Wenn dies fehlt, dann überwiegen wechselseitige Vorurteile und Ablehnung.“ (Ebd.: 197)

Es gibt empirische Belege für den ausgesprochen positiven Einfluss zwischenmenschlichen Vertrauens auf Investitions- und Wachstumsraten; eine „Konstellation aus Vertrauen, geteilten Normen und Werten sowie Netzwerken der Zusammenarbeit bezeichnet man ... als soziales Kapital.“ (Deutscher Bundestag 2002: 57) Eine darauf ausgerichtete Politik müsste für Soziale Dienste „Umsetzungsbedingungen“ eröffnen, ohne die angestrebten Ergebnisse vorab administrativ zu definieren. Sowohl in der Administration als auch bei Kooperationsbeziehungen mit Dritten wird die Entwicklung eines „aktiven Vertrauens“ gefördert, indem den NutzerInnen bzw. Betroffenen ausdrücklich Autonomie gewährt wird. Für diese Autonomie werden Ressourcen – auch materielle Güter – bereitgestellt. Der Informationsfluss von außen nach innen und die Anerkennung von Autonomie erfordern dezentrale Entscheidungsstrukturen.⁹

„Soziales Kapital“ bezeichnet in diesem Kontext die Fähigkeit einer Gesellschaft, kooperatives, gemeinschaftsbezogenes und solidarisches Verhalten und einen vertrauensvollen Umgang im privaten wie im beruflichen Bereich zu fördern und so den sozialen Zusammenhalt von Menschen und Institutionen - Familien, Betriebe, Verbände, Schulen – sowie verbindliche Regeln und Verhaltensmuster zu ermöglichen. Empirische Studien belegen, dass größeres Vertrauen zwischen den Menschen einer Nation, Region oder Gemeinschaft die Wahrscheinlichkeit steigert, „dass diese Menschen in wirtschaftlichem Wohlstand und unter einer demokratischen Regierung leben, ... dass interpersonelles Vertrauen einen entscheidenden positiven Einfluss auf Investitions- und Wachstumsraten ausübt ... dass Vertrauen mit sicheren Eigentumsrechten und besserer Durchsetzbarkeit von Verträgen einhergeht ... Die Auswirkung von Vertrauen ist besonders stark in ärmeren Ländern.“ (Ostrom/Ahn 2001: 32)

Die jeweilige Ausprägung sozialen Kapitals kann kulturell und regional unterschiedliche Formen annehmen. Die politische Dimension bezieht sich auf das demokratische Funktionieren des Gemeinwesens und im wirtschaftlichen Bereich „reduziert ein funktionierendes soziales Gefüge (Transaktions-)Kosten, und es entstehen Wettbewerbs- und Standortvorteile.“ Der wesentliche Maßstab ist die Offenheit für die Mitwirkung der BürgerInnen: „Es geht um Partizipationsmöglichkeiten, die durch bürgerschaftliches Engagement genutzt werden können.“ (Deutscher Bundestag 2002: 197) Habisch¹⁰ bezieht sich auf das von Ostrom/Ahn (2001) im Auftrag der Enquete-

⁹ „Aktives Vertrauen verlangt die vermehrte ‚Sichtbarkeit‘ sozialer Beziehungen, trägt aber auch seinerseits aktiv dazu bei, diese Sichtbarkeit zu steigern.“ (Giddens 1997: 136)

¹⁰ Habisch (2002: 351) kritisierte bereits die unterschiedlichen Begriffsbestimmungen im Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags: „Die internationale Diskussion versteht ‚Sozialkapital‘ als Selbstorganisationsprinzip, das kollektives Handeln (collective action) ermöglicht. Wenn demgegenüber in den genannten Passagen des Abschlussberichtes der Kommission die vermeintliche Produktion von Sozialkapital durch ‚Soziale Unternehmen‘ zum Subventionstatbestand erklärt wird, dann entspricht dies nicht den im Gutachten niedergelegten begrifflichen Standards für ‚Sozialkapital‘.“

te-Kommission erstellte Gutachten und verweist auf acht „Design-Prinzipien“, die danach als Voraussetzung dafür zu betrachten seien, dass Netzwerke tatsächlich als „Soziales Kapital“ wirken können:

- „1. klar definierte Grenzen und Rechtsansprüche der Individuen bzw. Familien;
2. klare Bestimmung des Verhältnisses von Rechten einerseits und Pflichten andererseits;
3. Partizipationsrechte der Betroffenen am Zustandekommen der gemeinsamen Regeln;
4. leistungsfähige Kontrollmechanismen für die gemeinsam festgelegten Regeln;
5. graduelle Sanktionen für Regelübertreter;
6. feste Konfliktregulierungsmechanismen;
7. subsidiäre Selbstorganisationsrechte für die lokalen Gemeinschaften;
8. koordinierte Realisation der einzelnen Aspekte in Netzwerken.“ (Habisch 2002: 353)

Diese Design-Prinzipien können als Regeln für die Konstruktion und Gestaltung von Rahmenbedingungen sich selbst organisierender Initiativen engagierter BürgerInnen genutzt werden. Colemans, Ostrom, Putnam und deren Mitverfasser haben seit den 1990er Jahren das Konzept von „social capital“ direkt in den Zusammenhang mit kollektivem Handeln weiterentwickelt und ordnungspolitische Maßnahmen zur Förderung demokratischer Regierungsformen und wirtschaftlicher Prosperität untersucht. Kollektives Handeln wurde als „Herzstück“ von Wirtschaftsentwicklung und demokratischer Ordnung analysiert. Wenn dann direkte Vertragsabschlüsse und deren Überwachung zu kostspielig oder aus anderen Gründen unmöglich sind, ist die freiwillige Zusammenarbeit erforderlich. „Freiwillige Zusammenarbeit wird sehr verbessert, wenn die Beteiligten sich auf bestehendes social capital stützen.“ Als Schlüsselfaktoren seien laut Putnam zwei zusammenhängende Aspekte förderlich: „Normen von Gegenseitigkeit und Netze von Bürgerengagement. Allgemeine Gegenseitigkeit unterdrückt wirksam opportunistisches Verhalten und führt zu einer verstärkten Vertrauensbildung bei denen, die Gegenseitigkeit wiederholt erlebt haben.“ (Ostrom/Ahn 2001: 14) Putnam (vgl. Skizze bei Olk 2005: 225 ff.) hat Sozialkapital und seinen demokratiepolitischen Mehrwert als wesentliche Ressource für eine Zivilgesellschaft (vgl. kritische Zusammenfassung zum Begriff bei Kessl 2001; „Zur Anatomie eines schillernden Begriffs“ vgl. Olk 2005: 224 f.) über ein breites Spektrum empirischer (Makro-)Indikatoren herausgearbeitet. Auf empirische und theoretische Defizite seines Konzeptes reagierte Putnam (vgl. 2000: 22) mit der Entwicklung der Kategorie des „bridging social capital“ (vgl. oben „Brückenskapital“) mit dem Ziel, „integrative und gemeinsinnfördernde Wirkungen sozialen Kapitals zu erfassen, da mit dieser Form des Sozialkapitals bestehende Trennungen zwischen Ethnien, Geschlechtern und sozialen Klassen überschritten werden“ (Olk 2005: 226). Kritik am (all zu) harmonischen Konzept des Sozialkapitals von Putnam muss die realen Widersprüche prinzipiell zivilgesellschaftlicher Strukturen in ihre Handlungsstrategien integrieren (vgl. Olk mit Beispielen zu ethnischen und sozialen Abgrenzungs- und Ausgrenzungsprozessen, ebd.: 228). Das Ziel der Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen mit den o.g. drei Elementen bürgerschaftlichen Engagements verweist die Soziale Arbeit dann wieder auf ihre professionellen Strategien u.a. der ressourcenorientierten Förderung lokaler Ermöglichungsstrukturen für eher benachteiligte Gruppen. Konzepte der Sozialraumorientierung und des Quartiersmanagements bieten operative Anknüpfungspunkte (vgl. Marquard 2003). Die Sicherung der sozio-ökonomischen Lebensbedingungen bleibt dennoch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Sozialpolitik: „Obwohl ein gewisses Maß an sozialer Ungleichheit und Offenheit eine *conditio sine qua non* für zivilgesellschaftliche Handlungsformen ist, so bedroht umgekehrt ein Zuviel an sozialer Ungleichheit und sozialer Polarisierung die Zivilgesellschaft“ (Olk 2005: 229).

VIII. Globale Demokratisierungstendenzen

Die „Demokratisierung“ sozialer Beziehungen und Sozialer Dienste ist durchaus Element eines gesellschaftspolitischen Trends. Demokratie basiert auf spezifischer Gleichheit und Gerechtigkeit, ihre jeweils konkrete Realisierung erfordert handlungsfeld-spezifische institutionelle Formen, die wiederum im Vertrauen der BürgerInnen und einer friedlichen Koexistenz in der Gesellschaft (Toleranz) begründet sein müssen (vgl. Walzer 1998, 1998a). Auf der staatlichen Ebene scheint eine formale Demokratisierung die zentrale Entwicklungstendenz zu sein: Von 1974 bis etwa 2000 stieg der Anteil demokratischer Staatswesen von 30 auf über 60 Prozent. Der Siegeszug liberal-demokratischer Regierungsformen begann in Portugal (1974) und Griechenland, es folgten Spanien und mit Nicaragua (1978/79) insgesamt zwölf lateinamerikanische Länder bis hin zum (re)demokratisierten Chile (1990). Kurz zuvor symbolisierte der Fall der Berliner Mauer mit den Entwicklungen in Polen und Ungarn den systemüberwindenden Durchbruch der Demokratiebewegungen – trotz einer fragwürdigen Praxis in manchen Ländern. Inzwischen sind Südafrika und Nigeria einbezogen, Indonesien ist betroffen; China, Staaten des Mittleren Ostens und Nordafrikas geraten in Rechtfertigungsnotstände. (Offe 1999: 12, 14)

Offe vermutet für diese neuen Demokratien geradezu als eine Tugend, was an der Weimarer Reichsverfassung noch kritisiert wurde: das Fehlen einer Entscheidung für eine bestimmte Wertordnung. Die Demokratie war zunächst Ausdruck der Befreiung und realisiert seither die 1795 von Kant postulierte Regel, dass Demokratien gegen ebenfalls demokratische Nachbarn keine Angriffskriege führen. Gleichzeitig schützen Demokratien offensichtlich vor ökonomischen Katastrophen wie großen Hungersnöten, die es in der Sowjetunion und China gab, aber nicht im demokratischen Indien. Andererseits leisten Demokratien nicht zwangsläufig einen Beitrag zu Wachstum und demokratischem Erfolg; andere Unzulänglichkeiten und Gefahren bleiben hier unerwähnt. Jedenfalls ist der „Gebrauchswert“ demokratischer Institutionen nicht immer offenkundig und auf Dauer gesichert. – Mögliche Auswirkungen auf Konzeption und Praxis institutionell verfasster demokratischer Systeme durch den offensichtlich völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA auf das diktatorische Regime im Irak am 20. März 2003 können hier nicht diskutiert werden.

Seit den 1990er Jahren nahm in diesem Kontext die Debatte um „Vertrauen“ zu – in die MitbürgerInnen, die Institutionen und die Lösungskompetenz politischer Spielregeln. Einer Vertrauenskrise könnte dabei im gesellschaftspolitischen Alltag mit verschiedenen, gegensätzlichen Strategien begegnet werden:

- Neue soziale Bewegungen und Bürgerrechtsbewegungen drängen die Zivilgesellschaft zu einem Konsens über politische und soziale Werte.
- Andererseits versuchen politische Extremisten, Vertrauen und Identität über fragwürdige „Tugenden“ und ethnische wie regionale Zugehörigkeit zu stiften.
- Ein anspruchsvoller Versuch ist zu sehen in der Stärkung von demokratischen Institutionen, die für alle BürgerInnen gleichermaßen die Werte der Wahrheit und der Fairness plausibel repräsentieren und verbürgen.

Offe (1999: 14) sieht hier die Aufgabe der Demokratie und die Bedingung ihres Fortbestehens: „Die Befestigung und Verteidigung von Institutionen, die in diesem Sinne als politisch-moralische Signalgeber funktionieren, ist die Aufgabe, die sich nach Abschluss der Phase der Demokratisierung stellt.“

Die Institutionen und Verfahren der Demokratie müssen Herrschaft insoweit ausschließen, als soziale Güter nach je spezifischen, offen gelegten Sach- und Vernunftgründen verteilt werden bzw. ohne soziale Schranken zugänglich sind. „Der Versuch, der Gerechtigkeit oder der Gleichheit dadurch umfassend zum Durchbruch zu verhelfen, dass man die Rechtsansprüche der Menschen ausweitet, sie vergrößert, macht aus dem, was da ausgeweitet und vergrößert werden soll, sehr schnell eine Farce.“ (Walzer 1998: 21) In dieser Logik von „Sphären der Gerechtigkeit“ (Walzer) macht es Sinn, Güter verschieden zu verteilen – sie von verschiedenen Instanzen nach verschiedenen Kriterien und je spezifischen Verfahren zu verteilen bzw. den Zugriff für die jeweiligen Mitglieder einer Gemeinschaft nur entsprechend der immanenten Logik eines Handlungsfeldes zu ermöglichen: „Jedes Gut soll nach den Geltungskriterien seiner eigenen ‚Sphäre‘ zugeteilt werden“ (ebd.: 12).

In einer solchen Sicht können soziale Güter und Werte nicht als Mittel der Herrschaft genutzt werden. Jedes Gesellschaftsmitglied soll im Rahmen seines individuellen Lebensentwurfs und entsprechender Realisierungsstrategien Mitwirkungsrechte und -pflichten in den verschiedenen Lebensbereichen (Familie, Freizeit, Arbeit, Politik, Kultur) haben. Wesentlich ist die Durchsetzung von Verfahren, nach denen jede/r in jedem Lebensbereich nach allgemein anerkannten Kriterien teilhaben kann, ohne dass eine Vorherrschaft aus fremden Bereichen – übertragener Einfluss über Geld oder jegliche Art von Abhängigkeit – begründet werden könnte. Dafür wiederum muss Vertrauen in die Institutionen und Verfahren des jeweiligen Teilsystems begründet und in evidenter Weise garantiert werden – Konzepte demokratischer Rationalität und Reflexivität in der Sozialen Arbeit sind hier anschlussfähig. „Tatsächlich hat auch demokratische Legitimität keinen substanziellen Kern: Sie besteht vielmehr in der Einigung auf bestimmte formelle Verfahren, nach denen die Resultate der Abfrage des Volkswillens ermittelt werden ... Je diffuser und weniger überschaubar das gesellschaftliche Ganze wird, desto wichtiger werden die vereinbarten Verfahrensregeln als einzige objektivierbare Instanz gesellschaftlicher Willensbildung.“ (Herzinger 2001) Vertrauen und Dialogfähigkeit müssen von Toleranz gegenüber Staaten, kulturellen Gruppen und Individuen begleitet werden. Die Kehrseite einer auf unterschiedliche kulturelle Gruppen

und Milieus setzenden Toleranz (entgegen der Unterstellung einer totalen postmodernen Individualisierung) ist das Erfordernis von Loyalität der Bürgerschaft gegenüber den Grundlagen der Demokratie (vgl. Walzer 1998a).

Auf der Ebene eines so genannten Systemvertrauens sind zwei grundlegende Dimensionen zu unterscheiden:

- „Auf der institutionellen Dimension des Systemvertrauens bezieht sich das Vertrauen auf die prinzipielle Funktionsfähigkeit der Verfahrensordnung sowie der Sanktions- und Kontrollmechanismen von Systemen.
- Auf der personalen Dimension des Systemvertrauens bezieht sich das Vertrauen auf das Verhalten und Handeln einzelner ExpertInnen bzw. Autoritäten“ (Wagenblast 2004: 75). Vertrauen gründet dann nicht auf individuellen Eigenschaften oder Verhaltensweisen, sondern auf der fachlichen Kompetenz und Handlungsmustern der als VertreterInnen von Rollen und Systemen agierenden FunktionsträgerInnen.

Als reflexives, auf Vertrauen basierendes und Vertrauen stiftendes Medium einer Demokratisierungsstrategie ist eine personenbezogene, soziale Dienstleistungsarbeit nur zu realisieren, wenn das Paradigma der Demokratisierung inhaltlich fokussiert und alltagspraktisch nachhaltig verfolgt wird als

- Sicherung zivilgesellschaftlicher BürgerInnenrechte in der Lebenswelt,
- politische Mitgestaltung des wohlfahrtsstaatlichen Sozialleistungssystems,
- gesellschaftliche Teilhabe und persönliche Beteiligung an und in den Institutionen und Sozialen Diensten,
- reflexives, rationalitätsstiftendes Prinzip der Gestaltung professioneller Standards,
- kontrafaktische Prämisse und fachliche Ressource im Handlungsvollzug zwischen NutzerIn und Professionellen.

IX. Herausforderungen für eine Soziale Kommunalpolitik

Teilhabe und „demokratische Rationalität“ können sich im lebensweltlichen Zusammenhang ergänzen als Gestaltungselemente sowohl einer öffentlich-politischen als auch einer fachlich-sozialen Praxis. Damit würden die emanzipatorischen Elemente einer progressiven Sozialarbeit den Weg weisen für eine dialogische Politik, die im Sinne von Giddens über „aktives Vertrauen“ auch eine soziale Reflexivität voraussetzt und neue Lösungen für eine „positive Wohlfahrt“ möglich macht. Auf dieser Basis können Felder und Entwicklungsperspektiven für die Engagementformen und Arbeitsweisen von BürgerInnen, Fachkräften, Verwaltung, Politik, Verbänden und Einrichtungen sowie Unternehmen benannt werden. So sind praktische wie normative Implikationen für ein Konzept des Bürgerschaftlichen Engagements zu beschreiben. Daraus abzuleitende Thesen für eine Soziale Kommunalpolitik beziehen sich auf folgende Aspekte:

- Demokratie als persönlicher Lebensstil, der alle gesellschaftlichen Bereiche prägt. Eine Kultur des Vertrauens ermöglicht es, BürgerInnen aktive Gestaltungsmöglichkeiten in ihrem Lebensraum zu eröffnen.
- Ressortübergreifend geht es um das Miteinander im lokalen Lebensraum in all seinen Gegebenheiten und mit all seinen Ressourcen.
- Für Aushandlungsprozesse zwischen Gruppen und Institutionen, Politik und Verwaltung bedarf es verlässlicher Regeln, die dem Spannungsverhältnis von repräsentativer und unmittelbarer Bürgerbeteiligung gerecht werden.
- Eine frühzeitige Einbeziehung von Engagements und Kompetenz der Bürgerschaft sichert Qualität und Akzeptanz von Entscheidungen.
- Eine wirklich alle Schichten ansprechende Beteiligung der BürgerInnen erfordert differenzierte Möglichkeiten der Mitwirkung (vgl. Roß/Klie 2002: 123).

Professionelle Handlungsprinzipien wie Demokratisierung, Dienstleistungsorientierung und Sozialraumorientierung beschreiben sowohl Anforderung an die Kompetenz von SozialarbeiterInnen als auch eine fachliche Konzeption, die in eine gesellschaftspolitische Strategie einzubinden ist: Die tatsächliche, gesellschaftspolitische Öffnung von relevanten Gelegenheiten der Teilhabe und Beteiligung für alle ist die Bedingung der Möglichkeit einer praktischen Entfaltung fachlicher Standards und diese sind zugleich die alltagsweltliche Basis für eine reale Nutzung gesellschaftlicher Optionen durch die Subjekte. Insofern ist die Durchsetzung professioneller Prinzipien nur zum Teil eine Frage ihrer fachlichen Implementation; vielmehr sind ihre Protagonisten gleichermaßen in der alltäglichen und widersprüchlichen (kommunal)politischen Auseinandersetzung gefragt. Auch fachlich überzeugende Prinzipien bedürfen der Akzeptanz der Mehrheitsgesellschaft und damit der Begründung in einem Aushandlungsprozess konkurrierender Interessen.

In einer permanenten Auseinandersetzung zu Qualität und Quantität der je örtlichen sozialen Infrastruktur ist die Kommune dabei als „politischer Sozialraum“ ein greifbares, gestaltbares Gebilde. Darin müssen sich die Protagonisten von Professionalität und sozialpädagogischer Fachlichkeit in Aushandlungsprozessen immer auch mit den VertreterInnen anderer Interessen auseinandersetzen: Wissenschaftlich – und vielleicht auch praktisch – schon begründete Handlungsstrategien für Soziale Dienste bedürfen vor Ort (neben der Qualifikation und angemessenen Entlohnung des Personals) sowohl der Akzeptanz bei den – potentiellen – NutzerInnen als auch der politischen und materiellen Unterstützung durch die – der regelmäßigen (Wieder)wahl unterworfenen – politischen Gremienmitglieder. Damit geht es um die demokratische Legitimation, die Qualität professioneller (personenbezogener sozialer) Dienstleistungsarbeit und die Bereitstellung wie Begründung der erforderlichen Ressourcen für die Soziale Arbeit – also die Gestaltungskraft und -mechanismen einer Sozialen Kommunalpolitik.

Literatur

- Beck, U./Beck-Gernsheim, E., 1994: Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt/M.
 BMFSFJ (Hg.), 2002: Elfter Kinder- und Jugendbericht. Berlin
 BMJFFG (Hg.), 1990: Achter Jugendbericht. Bonn
 Böllert, K., 1995: Zwischen Intervention und Prävention. Neuwied/Kriftel, Berlin
 Bourdieu, P., 1992: Rede und Antwort. Frankfurt a.M.
 Bourdieu, P., 1998: Gegenfeuer. Konstanz
 Brumlik, M., 2000: Advokatorische Ethik und sozialpädagogische Kompetenz. In: Müller u.a., S. 279-287
 Depner, R./Trube, A., 2001: Der Wandel der Gesellschaft und die Qualitätsdebatte im Sozialsektor. In: neue praxis Heft 3, S. 217-238
 Deutscher Bundestag, 2002: Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Drucksache 14/8900 vom 3.6.2002. Berlin
 Dewe, B., 1992: Das „Professionswissen“ von Pädagogen. In: Dewe/Ferchhoff/Radtke: Erziehen als Profession. Zur Logik professionellen Handelns in pädagogischen Feldern. Opladen
 Dewe, B./Otto, H.-U., 2003: Profession. In: Otto/Thiersch, S. 1399-1423
 Dewe, B., 2005: Perspektiven gelingender Professionalität. In: neue praxis Heft 3, S. 257-266
 Giddens, A., 1995: Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt/Main; New York
 Giddens, A., 1997: Jenseits von Links und Rechts. Frankfurt a.M.
 Giddens, A., 1999: Der dritte Weg. Frankfurt a.M.
 Habisch, A., 2002: Sondervotum „Soziales Kapital, Bürgerschaftliches Engagement und Initiativen regionaler Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“. In: Deutscher Bundestag 2002, S. 350-356
 Herzinger, R., 2001: Angst vor der leeren Mitte. In: Die ZEIT Nr. 36. Hamburg, S. 7
 Kessl, F., 2001: Komm rein, kannst du rausschau'n! In: Widersprüche Heft 82, S. 39-52
 Kessl, F., 2003: Zivilgesellschaft. In: Otto/Thiersch, S. 2006-2016
 Kessl, F./Otto, H.-U./Ziegler, H., 2002: Einschließen oder aufmachen? Der Raum, sein Kapital und deren Nutzer. In: Riege, M./Schubert, H. (Hg.): Sozialraumanalyse. Opladen, S. 177-190
 Kessl, F./Reutlinger, Ch./Maurer, S./Frey, O., 2005: Handbuch Sozialraum. Wiesbaden.

- Kessl, F./Maurer, S., 2005: Soziale Arbeit. In: Kessl u.a., S. 111-128
- Keupp, H., 1994: Ambivalenzen postmoderner Identität. In: Beck/Beck-Gernsheim, S. 336-350
- Klatetzki, Th., 1995: Flexible Erziehungshilfen. Münster
- Löw, M./Sturm, G., 2005: Raumsoziologie. In: Kessl u.a., S. 31-48
- Marquard, P., 2003: Soziale Kommunalpolitik und personenbezogene soziale Dienstleistungsarbeit. Sozialraumorientierung und Demokratisierung als Strukturelemente einer Neuorganisation Sozialer Dienste in der Kommune. Bielefeld (unveröffentlichte Dissertation)
- Marquard, P., 2004: Teilhabe und Beteiligung als individuelles Recht und fachliche Ressource. In: Zentralblatt für Jugendrecht Heft 3, S. 88-100
- Olk, Th., 2000: Der „aktivierende Staat“. In: Müller/Sünker/Olk/Böllert (Hg.): Soziale Arbeit. Neuwied/Kriftel, S. 99-118
- Olk, Th., 2005: Soziale Arbeit und die Krise der Zivilgesellschaft. In: neue praxis Heft 3, S. 223-230
- Ostrom, E./Ahn, T.K., 2001: Social capital aus sozialwissenschaftlicher Sicht – Social capital und kollektives Handeln. Ein für den Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags erstellter Bericht (Entwurf 14.01.01; Bundessprachenamt, Auftragsnummer F 1417 und F 2644). O.O.
- Offe, C., 1999: Wenn das Vertrauen fehlt. In: Die ZEIT Nr. 50. Hamburg, S. 12-14
- Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hg.), 2003: Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied/Kriftel
- Ottomeyer, K., 1977: Ökonomische Zwänge und zwischenmenschliche Beziehungen. Reinbek bei Hamburg
- Putnam, R.D., 2000: Bowling Alone. The Collaps and Revival of American Community. New Yorck u.a.
- Rausch, G., 1998: Gemeinschaftliche Bewältigung von Alltagsproblemen – Gemeinwesenarbeit in einer Hochhaussiedlung. Münster
- Roß, P.-S./Klie, T., 2002: „Mehr Demokratie wagen“ – Bürgerschaftliches Engagement und Soziale Kommunalpolitik. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins (NDV) Heft 4, S. 119 – 126
- Schnurr, S., 2003: Partizipation. In Otto/Thiersch, S. 1300-1345
- Spiegel, H. von, 2004: Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit. München/Basel
- Thiersch, H., 2003: Moral und Soziale Arbeit. In: Otto/Thiersch, S. 1245-1258
- Walzer, M., 1998: Sphären der Gerechtigkeit. Frankfurt a.M.
- Walzer, M., 1998a: Über Toleranz. Hamburg
- Wagenblass, S., 2003: Vertauen. In: Otto/Thiersch, S. 1934-1942
- Wagenblass, S., 2004: Vertrauen in der Sozialen Arbeit. Weinheim und München

Verfasser: Dr. Peter Marquard

Leiter des Sozial- und Jugendamtes der Stadt Freiburg i.Br.

Egonstraße 26, 79106 Freiburg

E-Mail: marquard.bott@t-online.de

Veröffentlicht in: neue Praxis, Heft 2/2006: 167-185